

(Reiner Heyse; IG Metall Senioren Kiel, 13.12.2018):

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir haben hier und heute eine kostenlose aber **nicht selbstlose** Rentenberatung für die Landtagsabgeordneten versprochen.

Wir können nicht selbstlos sein, weil die Zeiten uns zwingen unsere Interessen offensiv zu vertreten. Viel offensiver als bisher.

Unser Haupt-Interesse bei der Rente ist, dass wir ein **lebensstandardsicherndes und armutsfestes Alterseinkommen** erhalten.

Das gilt **für uns** Rentnerinnen und Rentner direkt.

Das gilt aber in einem viel stärkeren Maße für unsere **Kinder und Enkelkinder**.

Die **Altersarmut** ist in den letzten 15 Jahren sehr stark angestiegen.

Altersarmut wird **in 10, 15 Jahren katastrophale Ausmaße** angenommen haben. Es ist absehbar, dass dann **50% der Rentnerhaushalte** unter der Armutsschwelle leben müssen.

Diese unsägliche Entwicklung fällt **nicht vom Himmel**. Politische Entscheidungen sind dafür verantwortlich.

Gesetze haben über 8 Millionen Kolleginnen und Kollegen in die **Niedriglohnbereiche** gedrückt. Über 4 Millionen leben als **Arbeitslosengeld 2 -Empfänger** von Sozialhilfe.

Gesetze haben das **Rentenniveau** seit 1990 um über 15 % in den Keller gedrückt. Die **Kaufkraft der Durchschnittsrenten** ist auf den Stand von 1985 gesunken. Dem Stand von vor 30 Jahren.

Gesetze werden von Politikern gemacht.

Manchmal machen Politiker auch Gesetze für sich selbst. Über die Höhe ihrer Einkommen zum Beispiel.

Oder über ihre Altersversorgung.

Darüber müssen wir heute reden. Im Jahr **2007** haben die schleswig-holsteinischen Landtagsabgeordneten beschlossen ihre bis dahin sehr komfortable Altersversorgung zu ersetzen.

An Stelle einer staatlichen, aus Steuermitteln finanzierten Pension, wollten sie **Privatvorsorge** betreiben. Unsere Politiker wurden dazu **überredet**. Ihnen wurde das Blaue vom Himmel versprochen. Aus heutiger Sicht können wir sagen:

Sie haben sich über den Tisch ziehen lassen.

So wie man versucht hat, uns über den Tisch zu ziehen. Bei uns hieß das Versprechen „**Riester-Rente**“.

„**Privat ist besser als Staat**“ hieß und heißt die Parole. Und die **Internetblase** an den Finanzmärkten brachte ja auch um das Jahr 2000 bis zu 7% Verzinsung auf angesparte Gelder. Der **Garantiezins** auf Altersvorsorge-Versicherungen betrug damals 4% und darauf wurden noch üppige **Überschussbeteiligungen** in Aussicht gestellt.

Wer nicht riesterte oder privat vorsorgte wurde vor 15 Jahren glatt für dumm erklärt. Des Rechnens nicht mächtig oder so.

Es kam wie wir seit Langem wissen, ganz anders:

Die **Zinsblase platzte**. Keine 4% sondern unter 1%, viel weniger als die Inflation, schon seit etlichen Jahren. Die **Überschussbeteiligungen sind vom Winde verweht**. Die **Kosten der Versicherungen**,

die ja nicht gespart, sondern von den Versicherungen regelrecht verbraten oder als Profit einbehalten werden, betragen sagenhafte 10% bis 20%. (Notwendige Anmerkung: bei der gesetzlichen Rentenversicherung betragen die Kosten gerade **1,5%, also 1/10**).

Das Versprechen der Versicherungskonzerne hat sich als Versprecher erwiesen. Das haben die **Landtagsabgeordneten mit Erschrecken** feststellen müssen.

Und in der Tat: Ihre Rentenanswartschaften sind **auf ein viertel** gesunken. Durch ihren Selbstbetrug fehlen ihnen niederschmetternde 75% im Vergleich zur staatlichen Pension.

Das ist längst nicht überall so in deutschen Parlamenten. **11 von 16 Landesparlamenten** sind bei ihren alten, beamtenähnlichen Versorgungsordnungen geblieben. Vor allem das Parlament, das uns die Privatvorsorge mit Riester und Co. gesetzlich verordnet hat, der **Bundestag**, hat sich der eigenen Propaganda widersetzt: Ihr Motto bei der eigenen Versorgung: „Staat ist stärker als Privat“. Vier Jahre Mandat bringen derzeit ca. 1.000€ Pensionsanswartschaft.

Das unsere Vertreter im Landtag ihre prekäre Lage ändern wollen, ist **sehr verständlich**. Das sie dabei nur an sich denken, **ist empörend**. Wir haben die Privatvorsorge nicht gewollt. Sie wurde uns aufs Auge gedrückt.

Wir verlangen, dass die Parlamentarier mit uns zusammen Lösungen suchen. Wir können ihnen versichern, wir haben die Lösungen. Und die 210.000€ für die jetzt eingesetzte sogenannte Sachverständigenkommission, kann eingespart werden.

Endlich die **Erwerbstätigenversicherung** mit einer Stichtagslösung einführen. Beamte, Politiker und Selbständige, alle ohne Ausnahme sollen mit den 36 Millionen anderen Erwerbstätigen in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen. Alle, ohne Ausnahme haben die gleichen Rentenansprüche aus dieser Erwerbstätigenversicherung. Österreich macht uns das vor.

Unabdingbar ist auch eine sehr deutliche **Erhöhung des Rentenniveaus**. Von auskömmlichen Renten würden wir reden, wenn sie eine Höhe von mindestens 75% der Nettoeinkünfte aus dem Arbeitsleben haben.

Schließlich muss der Sozialstaat dafür sorgen, dass **Renten armutsfest** sind. Aus Steuermitteln muss die Differenz aus niedrigen Renten bis zur Armutsgefährdungsschwelle, das sind zur Zeit ca. 1.100€, bezahlt werden.